

Thema des Monats

Auswirkungen des Ukraine-Kriegs auf die Bauwirtschaft – Anpassungen der Stoffpreisgleitklauseln

Die Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen begrüßt den Bundeserlass von Bundesbauministerium und Bundesverkehrsministerium, mit dem das Thema Lieferengpässe und Stoffpreisänderungen für den gesamten Bundesbau einheitlich geregelt werden soll.

Die Verbände der Bauwirtschaft in Niedersachsen und Bremen fordern nun auch, dass die entsprechenden Erlasse in Niedersachsen und Bremen umgesetzt würden. Damit würden die Bauunternehmen in Niedersachsen und Bremen mit ihren aktuellen Kalkulationsproblemen wegen der Baustoffengpässe und der eklatanten Preissprünge durch den Ukraine-Krieg nicht allein gelassen.

Angesichts der erheblichen Auswirkungen der gegen Russland verhängten Sanktionen auf die Bauwirtschaft ist eine seriöse Kalkulation für die Bauunternehmen derzeit nicht ansatzweise möglich. Dies ist insofern von besonderer Brisanz, als gerade im Bereich der Infrastruktur und im Wohnungsbau hoher Investitionsbedarf besteht und die Auftraggeber insoweit einen besonderen Fokus auf Kostensicherheit legen.

Die Unternehmen der Bauwirtschaft ziehen inzwischen ernsthaft in Betracht, sich an öffentlichen Bau Ausschreibungen nicht mehr zu beteiligen, wenn so genannte Stoffpreisgleitklauseln nicht auch bei kurzfristig laufenden Verträgen vereinbart werden.

Konkret schlagen die Verbände der Bauwirtschaft vor:

- 1) Verzicht und zumindest vorübergehende ersatzlose Streichung der o.g. 10-Monats-Frist und damit Anwendung der Stoffpreisgleitklauseln auch bei Verträgen mit kürzerer Laufzeit
- 2) Aufnahme von Bitumen und Diesel in den Produktkatalog der Klauseln
- 3) Prüfung und Vereinbarung von sogenannten Prozentklauseln, die eine tagesaktuelle Abrechnung erlauben
- 4) Aufnahme von Klauseln in bestehende Verträge / Signale der Kostenbeteiligung bei laufenden Verträgen

Zum sog. Brückengipfel des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr äußert sich Peter Hübner, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie:

Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem

„Der Brückenzustand ist im großen Stil katastrophal und eines Industrielandes unwürdig. Das nun vorgelegte Maßnahmenpaket von Bundesverkehrsminister Wissing setzt deshalb dort an, wo es weh tut: bei einer vollständigen Transparenz über die tatsächlichen Zustände unserer Brücken, um eine prioritäre Abarbeitung möglich zu machen. Zur Verhinderung eines Kollapses systemrelevanter Infrastruktur berücksichtigt das Maßnahmenpaket zentrale Forderungen der Bauindustrie: eine Erhöhung der Investitionsmittel von derzeit 4,5 auf 5,7 Milliarden Euro in 2026, eine Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen sowie mehr Rechtsicherheit bekannter Genehmigungsinstrumente. Besonders wichtig ist, dass dialoggeprägte und funktionale Ausschreibungs- und Vergabemodelle stärker genutzt werden sollen. Denn:



Peter Hübner, Präsident des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie

Obwohl die Bauunternehmen die Experten sind, können sie auf die Planung bisher kaum Einfluss nehmen. Erst durch die Vernetzung von Planung und Bau werden wir die angestrebten 400 Brücken pro Jahr erneuern können. Die Umsetzung der Maßnahmen muss nun schleunigst beginnen, anstatt große Pläne zu schmieden. Dafür braucht die Autobahn GmbH jetzt die nötige Befreiheit und Entscheidungskompetenz, um ihre gute Arbeit zielgerichtet fortzuführen.“

INHALTSVERZEICHNIS

1 Thema des Monats

Auswirkungen des Ukrainekriegs auf die Bauwirtschaft

Brückengipfel des Bundesministeriums für Digitales und Verkehr

2 Kommentar

Nicht erst handeln, wenn es zu spät ist

Sanierungsstau bei Brücken
Bau wichtiger Stromleitungen

3 Kommentar

Gespräch mit Dr. Stefan Birkner

4 Forum Nord

Immobilienmarktdaten für Niedersachsen 2022
Ingenieurinnen erobern die Baustellen



Nicht erst handeln, wenn es zu spät ist

Die eine Krise zieht sich in ungeahnte Länge, die nächste schockiert mit ungeahnter Brutalität. Beide sind von globalem Ausmaß und auch für Deutschland mit harten Konsequenzen verbunden: erst die – immer noch nicht überstandene – Corona-Pandemie, jetzt der Russland-Ukraine-Krieg. Nicht zu vergessen die Klimakrise, die vor den aktuellen Schreckensereignissen medial in den Hintergrund rückt und auf die man sich allzu gern konzentrieren würde. Stattdessen gibt es dringenderen Handlungsbedarf. Vor allem in humanitärer Hinsicht.

Mit Blick auf die konjunkturelle Situation bedeutet der russische Überfall in Osteuropa, dass der Post-Corona-Aufschwung ausfällt. Stattdessen leidet die Wirtschaft unter zahlreichen Lieferengpässe und Preissteigerungen,

auch bei wichtigen Baustoffen. Die gute Nachricht lautet, dass wir auf die Erfahrungen aus der Corona-Zeit zurückgreifen können. Dieser Trumpf muss jetzt schleunigst ausgespielt werden.

Gefragt sind zusätzliche Vergütungsmodelle, die vor nicht planbaren Kostensteigerungen schützen. Vonnöten ist zudem die Neuausrichtung der Stoffpreisgleitklausel, es bedarf einer speziellen Regelung für Kraftstoffe, und nicht zuletzt muss die „Störung der Geschäftsgrundlage“ den aktuellen Geschehnissen entsprechend gehandhabt werden. Für die einheitliche Vorgabe dürfen sich der Bund und die Länder jetzt keine Zeit lassen. Denn in laufenden Verträgen konnten die aktuellen und künftigen Widrigkeiten natürlich nicht berücksichtigt werden. Hier ticken Zeitbomben, die möglichst schnell entschärft werden müssen.



SANIERUNGSTAU BEI 4000 BRÜCKEN

In Deutschland müssen in den nächsten acht Jahren rund 4000 Brücken modernisiert werden. Das hat Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) Mitte März nach einem „Brückengipfel“ mit Vertretern der zuständigen Behörden, Bauunternehmen und Naturschutzverbände gesagt. Dieser „Sanierungsstau“ sei durch eine umfassende Brückenanalyse nach der sofortigen Sperrung der Talbrücke Rahmede an der A45 bei Lüdenscheid offenbar geworden. Auch die finanziellen Mittel dafür müssten drastisch aufgestockt werden.

Bau wichtiger Stromleitungen verzögert sich

Der Zeitplan für den Bau der wichtigsten Stromleitungen, die Windenergie von der Nordsee in den Süden bringen sollen, ist nicht mehr zu halten. Das hat der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, im Gespräch mit der FAZ zugegeben. Offiziell hält die Bundesregierung an dem Zieljahr 2026 fest. „Es wird wohl länger dauern“, sagte Homann der FAZ mit Blick auf Planungs- und Genehmigungsverfahren. „Wir brauchen nicht nur Vorfahrt für Windräder, sondern endlich auch für Stromnetze“, sagte Homann. Nun sei mit steigenden Kosten zu rechnen: „Solange die Leitungen fehlen, brauchen wir mehr Eingriffe in den Kraftwerkspark. Am Ende landen diese zusätzlichen Kosten auf der Stromrechnung der Verbraucher“.





Verfahren müssen gestrafft und vereinfacht werden

Im Gespräch mit Dr. Stefan Birkner, Fraktionsvorsitzender, Landesminister a.D., FDP-Fraktion des Niedersächsischen Landtags.

1. Die FDP steht sowohl auf Bundes- als auch Landesebene einer Aufweichung der Schuldenbremse ablehnend gegenüber. Gleichzeitig ist aber festzustellen, dass der Sanierungs- und Modernisierungstau auch in Niedersachsen gewaltig ist und noch größer werden wird. Hinzu kommen gewaltige Investitionen, die durch die Klimawende ausgelöst werden. **Wie kann aus Ihrer Sicht die Finanzierung dieser Investitionen sichergestellt werden?**

Dr. Stefan Birkner:

Wir Freie Demokraten im Niedersächsischen Landtag haben ein Drei-Säulen-Modell entwickelt, mit dem es gelingt, Niedersachsen ohne neue Staatsschulden zu modernisieren. Dort, wo es sinnvoll ist, wollen wir im Rahmen von standardisierten und engmaschig kontrollierten, öffentlich-privaten Modernisierungspartnerschaften privates Kapital für Investitionen nutzbar machen. So sollen geeignete Projekte effizienter, rentabler und schneller verwirklicht werden können. Durch eine Weiterentwicklung der NBank von einer klassischen Förderbank zu einer Investitionsagentur wollen wir außerdem durch die Vergabe von Modernisierungsdarlehen vom Kapitalmarkt mit Förderleistungen des Landes neue Handlungsfelder erschließen. Im Rahmen eines Sondervermögens wollen wir schließlich jedes Jahr 100 Millionen Euro Landesmittel für all jene Projekte, die eigenständig vom Land finanziert werden müssen, in einem Modernisierungsfonds anlegen.

2. Braucht aus Ihrer Sicht Niedersachsen ein eigenes Bauministerium oder ist die bestehende „Verknüpfung“ mit dem Umwelt-/Klimaministerium der richtige Weg?

Dr. Stefan Birkner:

Der Klimawandel stellt uns in allen Lebensbereichen vor große Herausforderungen, gerade auch im Bau. Der Gebäudesektor ist für einen erheblichen Anteil der CO₂-Emissionen in Deutschland verantwortlich. Wir sind daher der Auffassung, dass die derzeitige Verknüpfung aus unserer Sicht inhaltlich sinnvoll ist. Wir halten es aber auch für sinnvoll, die unterschiedlichen Ressourcen der Bauverwaltung in den verschiedenen Ministerien an einer Stelle zu bündeln.

3. Wo sehen Sie das Land Niedersachsen im Standortranking der Bundesländer und welche Möglichkeiten gibt es ggf. zur Standortverbesserung?

Dr. Stefan Birkner,
Fraktionsvorsitzender



Dr. Stefan Birkner: Es ist in den Jahren unter Stephan Weil und Bernd Althusmann nicht gelungen, Niedersachsen fit für die Zukunft zu machen. Vielmehr liegen wir noch immer maximal im Mittelmaß. Das ist aber nicht unser Anspruch – wir wollen Niedersachsen an die Spitze bringen. Dafür brauchen wir unter anderem beste Bildung für jeden, von der Unterrichtsversorgung in unseren Schulen bis zum modernen Hochschulstandort, eine Dekade der Investitionen in unsere Infrastruktur und eine Digitalstrategie, die diesen Namen auch verdient.

4. „Digitalisierung“ und „Planungsvereinfachung und -beschleunigung“ werden neben „Klima“ wahrscheinlich die Schlagwörter des Jahrzehnts. Was ist aus Ihrer Sicht erforderlich und welche Umsetzungswege erkennen Sie?

Dr. Stefan Birkner:

Wir Freien Demokraten wollen Niedersachsen und Deutschland insgesamt bei Planungs-, Genehmigungs- und sonstigen Verwaltungsverfahren beschleunigen. Verfahren müssen gestrafft und vereinfacht werden. Hierfür sind die Digitalisierung in sämtlichen Bereichen der Planung, die Einstellung einer ausreichenden Anzahl an Fachkräften und eine frühzeitige und umfassende Bürgerbeteiligung wesentlich. Entscheidend ist, dass die Verwaltungen diesen Weg konsequent, z.B. durch die zeitgerechte und vollständige Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, mitgehen und hierfür auch die nötigen finanziellen Mittel und technischen Unterstützungen durch zeitnahe Beschlüsse in der Politik bereitgestellt werden. Es kommt auf den gemeinsamen Willen aller an, jetzt die Zukunft mit den verfügbaren Mitteln der Gegenwart zu gestalten.

5. Sie waren einige Jahre auch in der Kommunalpolitik aktiv. Werden die Belange der Kommunen in Niedersachsen vom Land ausreichend berücksichtigt?

Dr. Stefan Birkner:

Im Rahmen zum Beispiel von Anhörungen oder Gesetzesbeteiligungsverfahren besteht ein regelmäßiger und enger Kontakt zwischen der Landes- und Kommunalebene. Dabei werden die Belange der Kommunen stets im Blick behalten.



Immobilienmarktdaten für Niedersachsen 2022

Der Niedersächsische Minister für Inneres und Sport, Boris Pistorius, hat kürzlich zusammen mit dem Vorsitzenden des Oberen Gutachterausschusses in Niedersachsen, Andreas Teuber, die Grundstücksmarktdaten 2022 der Gutachterausschüsse für Grundstückswerte in Niedersachsen vorgestellt. Im vergangenen Jahr betrug der Geldumsatz des Immobilienmarktes in Niedersachsen insgesamt 28,7 Milliarden Euro. Gegenüber einem Umsatz von 26,3 Milliarden Euro im Jahr 2020 bedeutet dies eine erneute Steigerung um 9,1 Prozent. Bereits in den Vorjahren gab es Steigerungsraten in einer ähnlichen Größenordnung.

Minister Pistorius sagte: „Der Trend der vergangenen Jahre setzt sich fort, die Immobilienpreise steigen weiter an. Bereits zum vierten Mal in Folge stieg der Geldumsatz in Immobilien um mehr als 2 Milliarden Euro gegenüber dem jeweiligen Vorjahr. 2021 wurden in Niedersachsen 28,7 Milliarden Euro in Immobilien umgesetzt, so viel wie nie zuvor. Allein in den vergangenen zehn Jahren hat sich der jährliche Geldumsatz in diesem Bereich damit mehr als verdoppelt.“

Pistorius weiter: „Die Zahlen zeigen, dass dem Handel mit Immobilien eine immer maßgeblichere volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt. 2010 betrug der Immobilienanteil gerade einmal 5 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Niedersachsen, 2021 lag dieser

Wert bereits bei über 9 Prozent.“

Während Wohnimmobilien zurzeit fast durchgängig zweistellige Geldumsatzsteigerungen aufweisen, ist die Preisentwicklung im Segment der Wirtschaftsimmobilien dagegen wesentlich verhaltener. Bei den Wohnimmobilien zeigt sich deutlich, dass das Angebot die aktuelle Nachfrage nicht decken kann.



Boris Pistorius
Minister für Inneres und Sport, Niedersachsen

Pistorius abschließend: „Ob durch die sich verändernden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen mit höherer Inflationsrate und einer sich möglicherweise anpassenden Zinspolitik ein Ende oder zumindest eine Abschwächung der hohen Steigerungsraten bevorsteht, bleibt abzuwarten.“

Der Vorsitzende des Oberen Gutachterausschusses in Niedersachsen, Andreas Teuber, betonte: „Der Preis für ein durchschnittliches gebrauchtes Einfamilienhaus betrug im vergangenen Jahr 275.000 Euro gegenüber 240.000 Euro im Jahr 2020. Das bedeutet eine nochmalige Steigerung von fast 15 Prozent – nach 13 Prozent und 12 Prozent in den beiden Vorjahren.“

Ingenieurinnen erobern die Baustellen

Die Frauenquote beim Bauingenieurstudium hat sich innerhalb von zwei Jahrzehnten von 20 auf 30 Prozent erhöht. Zudem sind mittlerweile 28 Prozent der in Bauunternehmen beschäftigten Bauingenieure weiblich. Im Durchschnitt der Branche (Bauhauptgewerbe) liegt der Frauenanteil allerdings nur bei nahezu konstanten 10 Prozent. Gewerbliche Bauberufe sind für Frauen anscheinend weniger interessant, teilt der Hauptverband der deutschen Bauindustrie (HDB) mit.

Die Studienfachrichtung Bauingenieurwesen erfreut sich seit Beginn des Bauaufschwungs 2006 zunehmender Attraktivität. Die Anzahl der Studierenden ist von ehemals 32.000 im Wintersemester (WS) 2007/08 um 92 Prozent auf knapp 61.000 im WS 2020/21 gestiegen. Während

die Zahl der männlichen Studierenden im gleichen Zeitraum um 75 Prozent gestiegen ist, hat die der weiblichen um 145 Prozent zugelegt.

Frauenquote im Bauingenieurwesen beträgt mittlerweile 30 Prozent

Da auch der vorherige Rückgang in den (Krisen-)Jahren bei den weiblichen Studierenden niedriger ausfiel als bei den männlichen, ist die Frauenquote im Betrachtungszeitraum WS 1998/99 bis WS 2020/21 von 20 auf 30 Prozent gestiegen. Damit ist das Interesse der weiblichen Schulabgänger an einem Bauingenieurstudium deutlich stärker ausgeprägt als z. B. an einem Maschinenbaustudium, hier waren im WS 2020/21 nur 12 Prozent der Studierenden weiblich.

IMPRESSUM

Bauindustrieverband Niedersachsen-Bremen e. V.
Eichstraße 19 | 30161 Hannover
T +49 511 34834-0 | E info@bauindustrie-nord.de

oeding print GmbH
Erzberg 45 | 38126 Braunschweig
T +49 531 48 015-0 | E info@oeding-print.de

Verantwortlich: Jan Hetebrügge
Nachdruck, auch auszugsweise gestattet.
Quellenangabe und Belegexemplare erbeten.